

## Landtags-Verhandlungen.

Herrenhaus.

13. Plenarsitzung vom 8. Februar.

Der Präsident Graf Eberhard zu Stolberg-Wernigerode eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Minuten.

Am Ministertische: fünf Regierungskommissare.

(Auf den Tribünen sind nur zwei Zuhörer anwesend.)

Der Präsident theilt den Eingang des Gesetzentwurfs, die Judenrechte betreffend, mit. Derselbe wird an die Justiz-Kommission gewiesen.

Der Präsident bittet um Dispensation von der dreitägigen Frist in Betreff der Beschlagnahme-Gesetze über das Vermögen der Depositionen. Der Bericht wird Mittwoch Abend ausgegeben und wünsche er die Angelegenheit in dieser Woche noch zu erledigen. Das Haus erteilt die Dispensation.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist der mündliche Bericht der 13. Kommission über den Gesetzentwurf, betreffend die Theilnahme der Staatsdiener in Neu-Vorposten und Ämtern an den Kommunalsteuern und dem Gemeindeverwalter.

Berichterstatter ist Herr Denhard; sein Antrag lautet auf Genehmigung des Gesetzentwurfs in der von der Kommission vorgeschlagenen Fassung. — Die Kommission hat den Gesetzentwurf mehrfach abgeändert. Eine wesentliche Aenderung hat die Kommission nur zu §. 1 vorgeschlagen. Dieser Paragraph bezeichnet die Beamten-Kategorien, die von allen Kommunalsteuern befreit sein sollen, und hat von dieser Befreiung das Einkommen der Militärärzte aus einer Privatpraxis ausgeschlossen. Die Kommission hat diese Befreiung gestrichen, die Befreiung also auch auf die Privatpraxis der Militärärzte ausgedehnt und das Haus tritt diesem Vorschlag ohne Diskussion bei. Ohne irgend eine erhebliche Diskussion genehmigt das Haus die einzelnen Paragraphen überall nach den Kommissions-Vorschlägen und demnach auch das ganze Gesetz.

Es folgt die Schlussberatung über den Gesetzentwurf, betr. die Ausbringung der Kosten der örtlichen Armenpflege in Schleien ausschließlich der Ober-Raiffe. Nach diesem Gesetzentwurf sollen diese Kosten zwischen den Dominien und Gemeinden nach dem Maßstabe der Grund- und Gebäudesteuer repartirt und aufgebracht werden, insofern nicht zwischen ihnen eine andere Art der Vertheilung festgestellt ist, oder künftig festgestellt wird. — Der Gesetzentwurf wird ohne Diskussion angenommen.

Dritter Gegenstand der Tagesordnung die Schlussberatung über den Gesetzentwurf, betr. die Aenderung der Stempelsteuer in der Provinz Hannover. — Der Gesetzentwurf wird ohne jegliche Debatte in Uebereinstimmung mit den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses angenommen.

Vierter Gegenstand der Tagesordnung ist die Schlussberatung über den Gesetzentwurf, betreffend die Verwendung des Restbestandes des ober-schlesischen Typhus-Balkenfonds etc. — Der Referent Graf v. Seibertz empfiehlt die Annahme des Gesetzentwurfs in der vom Abgeordnetenhaus beschlossenen Fassung, eben so der Herzog von Ratibor, welcher bittet, über die vom Abgeordnetenhaus beschlossenen Aenderungen aus Rücksichtsgründen hinwegzusehen. — Herr v. Kleist-Nezow behauptet, daß die Aenderungen, welche das Abgeordnetenhaus in Betreff der Provinzialstände beschloß, unrichtig und daher unwirksam seien und empfiehlt im Interesse der armen Waisen ebenfalls die Annahme des Gesetzentwurfs. — Derselbe erfolgt.

Hierauf wird der Gesetzentwurf, betreffend die Uebereignung der Dotationsfonds der Hilfsklassen an die provinzial- und kommunalständischen Verbände der acht älteren Provinzen der Monarchie, in Schlussberatung angenommen.

Eine Petition der Stadtbehörden zu Gradow bei Stettin um Befreiung der aus einer unrichtigen Begrenzung des Stettiner Mahl- und Schlachtfleischer-Bezirks erwachsenen Belastung wird der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen.

Schließlich gelangt eine Petition des General-Bevollmächtigten des Fürsten v. Pleß gegen den Cirkularerlaß des Kultusministeriums vom 7. Februar 1867, nach welchem die Regierung zu Doppel einseitig und ohne die Verpflichteten mit ihren Erklärungen zu hören, mit einer Erhöhung der Schullehrer-Gehalte, also auch mit einer größeren Belastung der zur Aufbringung dieser Gehalte Verpflichteten vorgegangen sei, zur Erledigung. — Die Petitions-Kommission empfiehlt die Ueberweisung der Petition an die Staatsregierung zur Berücksichtigung.

(Der Kultusminister v. Mähler erscheint.)

Der Regierungs-Kommissar erklärt sich gegen den Kommissionsantrag, weil die Regierung hohen Werth darauf lege, daß das Herrenhaus sich nicht die Rechtsansicht der Kommission aneigne.

Es erhebt sich über diese Petition eine längere Debatte, an der sich die Herren Herzog von Ujest, von

Senft-Pilsch, v. Kleist-Nezow, v. Balow-Reichenstein, Graf zur Lippe und Kultusminister v. Mähler betheiligen.

Nach Schluß derselben wird der Kommissionsantrag angenommen.

Damit schließt die Sitzung nach 2 1/4 Uhr.

Nächste Sitzung wahrscheinlich am Freitag oder Sonnabend.

## Deutschland.

□ Berlin, 8. Februar. Das Verfahren der preussischen Regierung gegen die depofitirten Fürsten, den König Georg und den ehemaligen Kurfürsten von Hessen, findet im Allgemeinen in der Presse, selbst in der auswärtigen, die richtige Würdigung. Nur in denjenigen ausländischen Blättern ist es weniger der Fall gewesen, denen einzelne Stellen der Bismarck'schen Rede auf telegraphischem Wege gefälscht zugegangen waren. Unter den englischen Blättern sprechen sich namentlich „Daily News“ sehr richtig über die Lage der Dinge aus. Das Blatt weist zunächst auf die Schwierigkeiten hin, die dem Grafen Bismarck insofern entgegenstehen, als die mächtige Familienverbindung des Königs Georg zu berücksichtigen und als andererseits König Wilhelm alle möglichen Rücksichten gegen die Depofitirten zu üben geneigt gewesen sei. Inzwischen habe die preussische Regierung schließlich doch ihre Langmuth aufgeben müssen, als sie sich überzeugt habe, daß König Georg durch den abgeschlossenen Vertrag sich nicht habe abhalten lassen, eine Legion zu offenbaren Zwecken zu bilden und überhaupt eine offenbar feindliche Stellung gegen Preußen einzunehmen. Auch die Wiener alte „Presse“ spricht sich in diesem Falle in unparteiischer Weise über das Verfahren der preussischen Regierung aus und erklärt, daß König Georg selbst die preussische Regierung zu der in Frage stehenden Maßregel gezwungen habe. Die preussische Regierung, meint das Blatt, habe keine in Worten ausgesprochene Abbitte, aber doch wenigstens eine Verzichtleistung auf Akte gefordert, die mit der Würde, die das Unglück umgeben sollen, wenig in Einklang zu bringen seien. Dagegen spricht sich Ed. Simon im „Constitutionnel“ in einer Weise aus, wie sie Renegaten seiner Art eigen zu sein pflegt. Er hat sich die Aufgabe gestellt, die Franzosen über die deutschen Zustände zu unterrichten, und thut dies in einer der Wahrheit durchaus widersprechenden Weise. Man muß sich nur wundern, daß man in Frankreich das Treiben von Leuten nicht mehr verächtlich findet, die das Ausland gegen ihr eigenes Vaterland zu hegen bemüht sind. So wenig wie Deutschland sich in die inneren Angelegenheiten Frankreichs zu mischen geneigt ist, ebenso sehr dürfen wir verlangen, daß man die Sorge für unsere einheimischen Angelegenheiten uns selbst überläßt und daß wir dabei nicht mit der Unterstützung der französischen Presse behelligt werden. — Heute und gestern haben Sitzungen des Staatsministeriums stattgefunden, in welcher außer der neuen Kreisordnung auch die Vorlagen an den Reichstag zur Beratung gekommen sind. Bekanntlich hat über letztere vor Allem auch eine Verständigung zwischen dem Bundeskanzler und dem preussischen Staatsministerium stattgefunden. Was die neue Kreisordnung betrifft, so werden die Besprechungen mit den Vertrauensmännern über dieselbe noch im Laufe dieser Woche ihren Anfang nehmen. — Der Minister des Innern Graf Eulenburg ist von einem katastrophalischen Unwohlsein befallen, das sich schon am Freitag bei seinem letzten Auftreten im Abgeordnetenhaus zeigte und seitdem sich noch verschlimmert hat, so daß er weder den Sitzungen des Abgeordnetenhauses noch den Beratungen des Staatsministeriums beiwohnen können. — Bekanntlich war der Legationsrath Curt von Schölzer, der zum Generalkonsul des norddeutschen Bundes in Mexiko ernannt worden ist, bisher bei der Königl. Gesandtschaft in Rom attachirt. An letztere Thatsache knüpft ein Blatt die Mitteilung, daß die Abberufung des Herrn v. Schölzer aus Rom auf Wunsch der päpstlichen Regierung erfolgt sei. Die Nachricht bedarf wohl kaum der Widerlegung, da es sich eben nur um eine Beförderung des Herrn v. Schölzer handelt, auf die derselbe wegen seiner längeren Dienstzeit gerechte Ansprüche hat. — Im Departement des Justizministeriums steht in nächster Zeit eine Reihe von bedeutenden Ernennungen in Aussicht, nämlich die Ernennung von 5 Obertribunalräthen, 2 Staatsanwälten beim Obertribunal und eines Vicepräsidenten beim Appellationsgericht in Frankfurt, an Simons Stelle. — Einige Blätter bringen die Nachricht, daß der Landrath v. Gopler an Stelle des Herrn v. Elfers zum General-Direktor der Königl. Museen ernannt werden soll und betonen dabei mit einer gewissen Abfälligkeit, daß derselbe ein Verwandter des Kultusministers Herrn v. Mähler sei. Wie wir hören, bestätigt sich diese Nachricht nicht, wonach sich auch die an die Mitteilung geknüpften Bemerkungen als durchaus nicht angebracht herausstellen. — Die gedeckten Korvetten und die gedeckten Glatte-Korvetten der norddeutschen Marine, die zu längeren

Expeditionen bestimmt sind, werden in Zukunft mit dem Bombersen Koch- und Badapparate versehen werden, da sich die Versuche mit demselben als vollständig befriedigend herausgestellt haben. — Die „National-Ztg.“ spricht sich in einem vortrefflichen Leitartikel unter der Aufschrift „Preussisch muß polnisch werden“ mit viel Entschiedenheit und Schärfe gegen die Präntationen der Polen aus, die nicht nur überall autonomische Ansprüche erhöhen, sondern auch die Unterdrückung des germanischen Wesens anstreben, wo sich noch polnische Elemente befänden. Wir hoffen, daß der treffende Artikel die Sympathien der liberalen Partei etwas abkühlen wird, welche dieselbe für die Polen und ihre häufig ungerechtfertigten Ansprüche bis jetzt fast immer jedenfalls zu sehr gezeigt hat. — Der Geheim-Redigial-Rath Bardeleben ist zum ordentlichen und der Professor Scherzetzka zum außerordentlichen Mitgliede der wissenschaftlichen Deputation für das Medizinalwesen ernannt worden. Der Prof. der Philosophie Dr. Wachsmuth in Marburg ist an die Universität in Göttingen berufen worden.

— Berlin, 8. Februar. Daß sich das preussische Abgeordnetenhaus bei Gelegenheit der Sequestration-Vorlage mit einer Einmüthigkeit, die nahe an Einstimmigkeit grenzte, für die politische Auffassung der Frage entschieden, daß es den Standpunkt der Regierung offen und unverholen als den seinigen anerkennt, das beweist mehr als Alles, wie oberflächlich die Einflüsterungen der Opposition die Gemüther berühren, wenn es gilt, landesverrätherische Untriebe durch das Blendwerk eines falschen Patriotismus plausibel zu machen. Denn sieht man auf das eigentlich Entscheidende, welches die über große Majorität unwiderstehlich den Ansichten der Regierung entgegenführte, dann war es die ins innerste Mark der Seele eindringende Ueberzeugungskraft, welche in den Reden des Grafen Bismarck lag. Derselbe Gesichtspunkt kann sich nun zwar auch die Oppositionspresse nicht entziehen; aber sie ist darum doch nicht gesonnen, der Wahrheit die Ehre zu geben. Die Rede des Herrn Ministerpräsidenten ist es allerdings, welche den juristischen Deduktionen das Konzept verborben hat, das wird mehr oder minder offen eingestanden; aber statt sich vor den unwiderstehlichen Beweisstücken der Rede zu beugen, versucht man hinterher, nach der in liberalen Kreisen beliebten Taschenspieler-Manier allerlei Kunststücken, um das Wesentliche der Sache zu verdunkeln und nebensächliche Einzelheiten in ein falsches Licht zu setzen. Dergleichen Spielereien gehören eigentlich in das Gebiet der Komik. Doch haben sie auch ihre ernste Seite. Die Wirkung der Bismarck'schen Reden soll weniger in dem liegen, was sie sagen, als vielmehr in der Art, wie sie es sagen. Die Rhetorik des Herrn Ministerpräsidenten gehe in kritischen Momenten darauf aus, ihr Auditorium durch originelle Wendungen zu überraschen, oder durch eine ungewöhnliche Behendigkeit im Argumentiren zu überumpeln. Das habe sich denn auch in dem vorliegenden Falle wieder ereignet. Dagegen ist aber schon erinnert worden, daß die letzten Bismarck'schen Reden sich durchgängig auf Thatsachen stützen. Von rhetorischen Kunststücken kann also hier am wenigsten die Rede sein. Aber die liberale Oppositionspresse hat namentlich ein Behagen an einzelne Ausdrücke der Bismarck'schen Reden, in denen sie den „revolutionären Charakter“ entdeckt will. Graf Bismarck, heißt es, habe mit Geringschätzung von den dynastischen Interessen gesprochen und die Anhänger der Welfen und des Sturfsen von Hessen als Janatir der Häuser „Eise und Brabant“ bezeichnet, was doch sehr an die Ernennung Ludwig XVI. als „Capet“ erinnere. Freilich, wer den Skandal sucht, der findet ihn bei jeder Gelegenheit. Und doch hätte man wohl wissen können, daß es nun und nimmermehr die Absicht des Grafen Bismarck sein könne, der Heiligkeit dynastischer Rechte zu nahe zu treten. Wohl aber ist der Geist der ganzen Rede dahin gerichtet, „den kleinen, persönlichen, dynastischen Interessen“ die Ehre zu verweigern, um Deutschland zur nationalen Einheit zu verhelfen. Von diesem Gesichtspunkte aus scheint daher auch die Veranlassung zur Benennung der beiden Erzürsten als Sproßlinge der Häuser „Eise und Brabant“ sehr nahe zu liegen. Der Redner hat mit diesen Namen wohl nur darauf hinweisen wollen, daß diese beiden Dynastien keineswegs rein deutschen Ursprungs sind, sondern, auch mit ihren Wurzeln dem Auslande nahe stehen, wie sie jetzt in ihren Restaurations-Projekten mit dem Auslande gegen Deutschland komplottiren.

— Berlin, 9. Februar. Se. Maj. der König arbeitete am Sonntag mit dem Finanzminister v. d. Heydt, ließ sich vom Kultusminister v. Mähler Vortrag halten, empfing den Ober-Ceremonienmeister Grafen Stillsried und konfertierte nach einer Spazierfahrt mit dem Ministerpräsidenten Grafen Bismarck. Um 5 Uhr war im königlichen Palais Familientafel, an der auch die hochbegüterten Gäste erschienen und Abends besuchte der Hof theils die Oper, theils die Vorstellung im Schauspielhaus. Gestern Vormittags meldeten sich zu-

nächst mehrere hier eingetroffene Militärs und nach dem Vortrag des Ober-Regierungsraths Wehrmann hatte der König eine Unterredung mit dem am Morgen aus St. Petersburg hier eingetroffenen Flügel-Adjutanten des Kaisers Alexander, Fürsten Dolgorucki. Mittags 1 Uhr begab sich der königliche Hof ins Schloß und wohnten hier der Generalprobe zu den drei Quadrillen bei, die auf dem heutigen Ball wiederholt werden. Vor dem Diner hatte der König eine Konferenz mit dem Grafen Bismarck und Abends erschien die königliche Familie und die hier anwesenden Fürsten auf dem Ball im Palais des Prinzen Albrecht. Die Tanzmusik wurde vom Musikcorps des 2. Garde-, des Kaiser Alexander-Grenadier-Regiments und dem Trompetercorps des Garde-Kürassier-Regiments ausgeführt.

— Die Gemeinde-Kommission genehmigte den Gesetzentwurf, betreffend die Vereinigung der Vorstädte von Celle mit der Stadt Celle. Abg. Lauenstein wird mündlichen Bericht erstatten.

— Gaudenz, 8. Februar. Der Eingang hat begonnen, der Trajekt ist unterbrochen.

— Jauerburg, 8. Februar. Bei der heutigen Wahl zum Abgeordnetenhaus für den Kreis Angerburg-Löben wurde der Regierungsrath Bergemroth mit 150 Stimmen wieder zum Abgeordneten gewählt. Der Gegenkandidat, Gutsbesitzer Contag, erhielt 109 Stimmen.

## Wien.

Wien, 7. Februar. Der Reichskanzler Graf Beust trägt sich, wie ein hiesiger Korrespondent des „Pesther Lloyd“ berichtet, mit der ernstlichen Absicht, das Provisorium in der Stellung des Minister-Präsidenten damit zu beenden, daß Graf Taaffe zum wirklichen Minister-Präsidenten ernannt wird. Mit dieser Ernennung des Grafen Taaffe erscheint allerdings eine energische Inangriffnahme des geschäftlichen Ausgleichs bevorstehend, eine nähere Folge des definitiven Präsidenten-Antrittes Taaffe's wird aber der Rücktritt des Ministers Biskra, Haener, Herbst und Plener sein. (Wir geben diese Nachrichten, bemerkt dazu die Redaktion des genannten Journals, wie sie uns zukommen, ohne dafür eine Bürgschaft zu übernehmen. Was insbesondere den Rücktritt der letztgenannten vier Herren betrifft, so glauben wir daran absolut nicht, auch wenn Graf Taaffe Minister-Präsident würde. Die Herren sind gar nicht so hützig.)

— Im israelitisch-ungarischen Kongress zu Pesth erbat sich vorgestern Leo Holländer das Wort zu einer persönlichen Bemerkung und nahm Veranlassung, sein Bedauern darüber auszusprechen, daß die Linke sich durch seine geistigen Worte verlegt fühle. Das habe er nicht beabsichtigt; er bitte, indem er dies versichere, um Entschuldigung und sei, falls es gewünscht werde, auch ohne Weiteres bereit, dieses Wort zurückzunehmen. (Beifall.) Die am 4. in der Holländer'schen Rede ausgetretenen 28 Männer der Linken richteten ein Schreiben an das Präsidium, in welchem sie diesen Austritt anzeigen, und ihren Wiedereintritt von der Zurücknahme des verhängnißvollen Ausdrucks abhängig machen. Präsident läßt die Herren ersuchen, einzutreten, um die Antwort selbst entgegen zu nehmen. Die Herren leisten diesem Rufe Folge und nehmen ihre Plätze ein, worauf ihnen von der Entschuldigung Holländer's Mitteilung gemacht wird.

— Die Anwesenheit des Herrn Chassepot, Erfinder des wunderthätigen Gewehres, in Wien, hat zu der Vermuthung veranlaßt, daß man sich hier mit dem Gedanken trage, das Chassepot-Gewehr im Heere oder in den Landwehren einzuführen. Die „Wthr.-Ztg.“ dementirt diese Nachricht. Wie das Blatt vernimmt, hat man in Pesth auch niemals daran gedacht, die so sehr zu wünschende und gesetzlich normirte einheitliche Bewaffnung der Gesamtarmee durch den Vorschlag eines fremden Hinterlader-Systems zu stören, wohl aber hat man den Wunsch ausgesprochen, daß die ungarische Landwehr nicht mit Wäzsl-, sondern mit Werndl-Gewehren bewaffnet werde. Auf Ansuchen des Herrn Chassepot fand vorgestern im hiesigen Arsenal ein Probefeuern mit Gewehren statt, welchem der Herr Kriegsminister und Herr Graf Andrássy beiwohnten und dessen Resultate vollkommen genügend gewesen wären, etwa noch bestehende Zweifel über die Vorzüge des Werndl-Gewehres vor dem System Chassepot zu beseitigen.

— Am 4. war hier das Gerücht von dem Tode des heiligen Vaters an der Börse verbreitet. Vorgestern vom „Defi. Volksfreund“ eingezogene Nachrichten konstatiren, daß der heil. Vater nicht nur nicht gestorben sei, sondern sich vollkommen wohl befindet.

— Soeben ist eine Cirkular-Berordnung des Kriegsministeriums erschienen, welche das Verfahren mit den einjährig Freiwilligen, von ihrem Eintritt in das stehende Heer angefangen bis zu ihrer Ueberführung in die Reserve feststellt.

— Die Wochenchrift „Der Osten“ veröffentlicht ein, dem Grafen Beust überreichtes Memorandum der Siebenbürger Rumänen gegen den Dualismus und

